

*Freidenker-Brief Nr. 1/2012 v. 10. Januar 2012*

# **Kriegsvorbereitungen stoppen! Embargos beenden! Solidarität mit den Völkern Irans und Syriens!**

Die Bundesregierung wird in einem Aufruf vom 3. Januar 2012 aufgefordert, dass sie

- **die Embargomaßnahmen gegen den Iran und Syrien bedingungslos und sofort aufhebt;**
- **klarstellt, dass sie sich an einem Krieg gegen diese Staaten in keiner Weise beteiligen und die Nutzung deutscher Einrichtungen für eine Aggression durch USA und Nato nicht gestatten wird;**
- **sich auf internationaler Ebene für die Beendigung der Politik der Erpressung und Kriegsdrohung gegen den Iran und Syrien einsetzt.**

Unter den etwa 200 Erstunterzeichnern des Aufrufs sind viele namhafte Wissenschaftler, Künstler, Publizisten und Antikriegsaktivisten sowie in Deutschland lebende Syrer und andere aus der Region stammende Menschen. Der Deutsche Freidenker-Verband, der bereits im Herbst 2010 die Unterschriftenaktion „Krieg gegen den Iran verhindern“ lanciert und im März 2011 zu „Solidarität mit dem Libyschen Volk“ aufgerufen und von den Bundestagsfraktionen die Beachtung des Völkerrechts eingefordert hat, unterstützt selbstverständlich auch diesen Aufruf.

**Bitte den Aufruf auf der Webseite des Deutschen Freidenker-Verbands  
[www.freidenker.org/cms/dfv/index.php?option=com\\_foxpetition&view=foxpetition&Itemid=109](http://www.freidenker.org/cms/dfv/index.php?option=com_foxpetition&view=foxpetition&Itemid=109)  
unterzeichnen**

Das neue Jahr beginnt mit einer Zuspitzung der Kriegsgefahr. Das Obama-Regime spielt Kriegsszenarien gegen Syrien durch. Nach einem Bericht von „jungeWelt“ (v. 04.01.2012) geht es dabei laut dem US-Magazin Foreign Policy um die Schaffung eines »humanitären Korridors« oder einer Pufferzone entlang der türkischen Grenze, die »Ausweitung der humanitären Hilfe für die syrischen Rebellen, medizinische Hilfe für syrische Kliniken« sowie die »Intensivierung von Kontakten zur internen und ausländischen Opposition«. Nach libyschem Vorbild könne auch eine »internationale Kontaktgruppe« geschaffen werden. Mit der Destabilisierungskampagne gegen Syrien soll auch ein strategischer Verbündeter der Islamischen Republik Iran getroffen werden. Der Atlantische Block, der die Rahmenbedingungen der Außenpolitik Deutschlands diktiert, droht dem Iran weiter mit einem Boykott des Exports des iranischen Öls und des Zahlungsverkehrs der iranischen Zentralbank.

„Es ist Zeit den Iran anzugreifen“ lautet die Überschrift eines Artikels, der in der Januar/Februar-Ausgabe von Foreign Affairs erschienen ist. Darin wird laut einem Bericht von „Schall und Rauch“ vorgeschlagen, die Vereinigten Staaten sollten einen chirurgischen Angriff auf die Nuklearanlagen des Iran vornehmen, die daraus resultierenden Vergeltungsmassnahmen absorbieren und dann die Krise schnell deeskalieren. Sich der Bedrohung jetzt stellen, werde den USA eine viel gefährlichere Situation in der Zukunft ersparen. Die dabei entstehenden Opfer unter der Zivilbevölkerung im Iran, bei den Partnerländern rund um den Golf und in den eigenen Reihen, seien ein kleiner zu zahlender Preis. Dass ein solcher Artikel in Foreign Affairs, dem außenpolitischen Sprachrohr der einflussreichsten Cliquen des nordamerikanischen Schurkenstaates erscheint, ist vor dem Hintergrund seiner konkreten Kriegsvorbereitungen zu sehen.

Das in Stuttgart-Vaihingen stationierte Oberkommando der Streitkräfte der USA für Europa (EUCOM) ist wie schon in früheren Kriegen Kommandozentrale auch für das im Frühjahr 2012 geplante bisher größte gemeinsame Raketenabwehrmanöver der Streitkräfte der USA und Israels. Nach einem Bericht der „Jerusalem Post“ (v. 18.12.2011) sollen Tausende von US-Soldaten in Israel zum Einsatz kommen. Das Manöver umfasst die Einrichtung eines Kommandopostens der USA in

Israel und eines Kommandopostens der israelischen Streitkräfte beim EUCOM-Hauptquartier in Deutschland. Endziel sei die Einrichtung einer gemeinsamen Task Force für den Fall eines großen Konflikts im Mittleren Osten.

Die Kriegsvorbereitungen der USA erstrecken sich auch auf präventive Maßnahmen an der „Heimatfront“. Das alljährliche Gesetz zur Bewilligung des Militärhaushalts - „National Defense Authorization Act (NDAA)“ - enthält für das Haushaltsjahr 2012 neue Bestimmungen. Diese stellen laut „Huffington Post“ (v. 03.01.2012) eine Erweiterung des Patriot Act dar. Während der Patriot Act der Regierung bereits ermöglicht, Staatsbürger der USA zu bespitzeln, erlauben die Abschnitte 1021 und 1022 des neuen Gesetzes, US-Bürger allein aufgrund eines Terrorismus-Verdachts zu inhaftieren. Obama beschwichtigt. Seine Regierung werde eine unbeschränkte militärische Inhaftierung amerikanischer Staatsbürger ohne Gerichtsverfahren nicht genehmigen. Sie werde die Bestimmungen so interpretieren, dass jede genehmigte Inhaftierung mit der Verfassung, dem Kriegsrecht und anderem einschlägigen Recht übereinstimmt. Aber was sind die Worte eines Obama noch wert, der schon so viele Versprechen gebrochen hat, auch schon einmal versprach, das skandalöse Haftlager Guantanamo abzuschaffen? Ungeachtet aller Beschwichtigungs- und Interpretationsversuche, Fakt ist: Der Machthaber im Weißen Haus hat ein verfassungswidriges Gesetz unterzeichnet. Mit Beginn dieses Jahres besteht in dem führenden Land des Atlantischen Blocks, der sich gern als „Wertegemeinschaft“ bezeichnet, die gesetzliche Möglichkeit, eigenen Bürgern den verfassungsmäßigen Schutz vor willkürlicher Verhaftung und das Recht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren zu entziehen.

Für Deutschland bedeutet dies alles eine weitere Verstrickung in imperialistische Weltherrschaftspolitik, die zwangsläufig eine weitere Faschisierung des liberalen bürgerlichen Staates BRD nach sich zieht. Immer dringlicher wird die vom Deutschen Freidenker-Verband und anderen Gruppierungen lancierte Kampagnenforderung „Deutschlands NATO-Mitgliedschaft beenden“. Wer stattdessen "Auflösung der NATO" fordert, benutzt eine Formulierung, welche die Mobilisierung für den einseitigen Rückzug mittels bewusster Irreführung verhindern soll, wie der schlaue Gregor Gysi laut „Der Spiegel“ (v. 18.12.2010) dem Botschafter der USA erläutert hat. Man muss sich fragen, ob die bisherigen Verlautbarungen von "Sprechern" der Friedensbewegung der moralischen Problematik Rechnung tragen, die mit der deutschen Mitgliedschaft in einem Bündnis verbunden ist, das in jüngster Zeit wiederholt an dem völkerrechtlichen Verbrechen des Angriffskriegs und weiteren schwersten Kriegsverbrechen beteiligt gewesen ist. Aber schlimmer noch: Einige "Friedensorganisationen" (Medico international, Bewegungsstiftung, Friedenskooperative, Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.) beteiligen sich an der Aktion „Adopt a Revolution“ und rufen dazu auf, „Patenschaften“ für oppositionelle Gruppen in Syrien zu übernehmen. Damit sind sie über die bisher übliche gleiche Distanzierung von den verbrecherischen Aggressionsakten und dem legitimen Widerstand dagegeh noch hinausgegangen. Sie wirken nun aktiv an der »Intensivierung von Kontakten zur internen und ausländischen Opposition« mit, die, wie oben erwähnt, Bestandteil der Destabilisierungskampagne des Obama-Regimes gegen die legitime syrische Regierung ist. Angesichts der selbstverschuldeten Schwäche der Friedensbewegung ist der Protest gegen die Wirtschaftssanktionen und Kriegsvorbereitungen ein überfälliges Signal.

<http://www.freidenker.org>